

Welttag gegen die Todesstrafe Veranstaltung von EDA und NGO im Berner Käfigturm

Kampf für weltweite Ächtung der Todesstrafe

Anlässlich des Welttages gegen die Todesstrafe haben Vertreter von Politik und Nichtregierungsorganisationen über ihre Ziele informiert.

Silvan Kämpfen, Bern

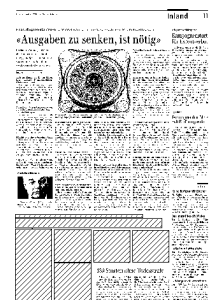
Im entscheidenden Punkt waren sich alle Redner einig, die zur gestrigen Veranstaltung im Berner Käfigturm erschienen waren: Die Todesstrafe gehört abgeschafft! Es gebe überhaupt keine Argumente dafür. Michael Reiterer, Botschafter der Europäischen Union (EU), bezeichnete sie als «einen vom Staat erlaubten Mord mit Vorsatz». Auch die Vertreter der Nichtregierungsorganisationen (NGO) Acat und Amnesty International geizten nicht mit nachdrücklichen Voten gegen die Hinrichtung von Straftätern. Letzteren ging es vor allem darum, die Bevölkerung auf das Thema aufmerksam zu machen und aufzuzeigen, was für Fortschritte bis anhin erzielt worden sind (siehe Kasten). Gleichzeitig kritisierten sie, dass die Lage in vielen Ländern nach wie vor unbefriedigend sei.

Forderungskatalog der EU

Die Vertreter der Politik – neben Reiterer Ralf Heckner vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) – sprachen mehrheitlich über die konkrete Umsetzung der Ziele. Im Zentrum standen dabei die «EU-Leitlinien zur Todesstrafe», die auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe zielen. Die Ablehnung der Todesstrafe ist

Bedingung für die Mitgliedschaft bei der Europäischen Union. Dies gilt auch für Beitrittskandidaten wie Albanien oder die Türkei, die sich beide erst vor wenigen Jahren zur Aufhebung entschlossen. Bei Drittstaaten gibt sich die EU eher realistisch und wertet bereits ein allfälliges Moratorium als Erfolg. Weiter stellt sie zahlreiche Bedingungen an diejenigen Länder, die an der Todesstrafe festhalten wollen. So sollen Hinrichtungen nicht als öffentliches Spektakel zelebriert werden und keine Schwangeren oder Minderjährige treffen. Durchgesetzt werden sollen diese Normen laut Reiterer vor allem im Dialog und durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Im Anschluss an die Referate wollte die «Zürcher Landzeitung» von den Politik-Vertretern wissen, ob die wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA oder China die Verhandlungen über die Todesstrafe erschwerten. Reiterer meinte dazu: «Wirtschaftliche Sanktionen sind sicherlich nicht sinnvoll.» Er verweist auf die Orientierungen und Seminare, welche die EU in den betroffenen Staaten organisiert. So versuche man etwa, chinesische Gefängniswärter für das Thema zu sensibilisieren. Heckner fügt hinzu, man wolle kein «Länder-Bashing» betreiben. Mit Ausnahme von Australien engagiere sich die Schweiz auf allen Kontinenten gegen die Todesstrafe. Eine andere Meinung hat Lukas Labhardt von Amnesty International. Er glaubt nicht, dass bei allen Ländern mit gleichen Ellen gemessen wird, und fragt sich, ob die Verträge überhaupt durchgesetzt werden können. Dem entgegnet Reiterer, dass Weissrussland beispielsweise dem Europarat nicht beitreten darf, so lange es die Todesstrafe praktiziert.



139 Staaten ohne Todesstrafe

Seit einigen Jahren ist die Todesstrafe weltweit auf dem Rückzug: Neben der Schweiz und den Staaten der EU haben auch viele andere Länder die Todesstrafe abgeschafft. Waren es 1976 erst 16 Länder, die der Todesstrafe endgültig den Rücken gekehrt hatten, so sind es heute bereits 139. Nach wie vor praktiziert aber eine Reihe auch mächtiger Länder die Todesstrafe: Die überwiegende Mehrheit aller Hinrichtungen entfällt auf die sechs Staaten China, Pakistan, Iran, Irak, Sudan und die USA. Aber auch in Japan, Saudi-Arabien oder Indien werden schwere Straftaten weiterhin mit dem Tod geahndet. In den Vereinigten Staaten ist die Todesstrafe inzwischen in 15 Gliedstaaten abgeschafft. Auf europäischem Gebiet ist Weissrussland der einzige Staat, in dem das Gesetz noch über Menschenleben richten darf. (skä)